Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7031**

14. Wahlperiode 04. 10. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/3810 –

Förderung von Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft / Vergabe eines Preises für Unternehmerinnen und Unternehmer

A. Problem

Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, in Fortführung und Verstärkung ihrer bisherigen Politik Instrumente zu entwickeln, die das Interesse der Wirtschaft an einer Kooperation mit staatlichen Entwicklungseinrichtungen bei Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) steigern.

Analog zum Medienpreis Entwicklungspolitik für Journalistinnen und Journalisten soll die Bundesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft einen Preis für bemerkenswertes unternehmerisches Handeln im Bereich der Entwicklungspolitik initiieren.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/3810 – anzunehmen.

Berlin, den 21. Juni 2001

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Dagmar Schmidt (Meschede)
Berichterstatterin

Siegfried Helias
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Siegfried Helias, Dr. Angelika Köster-Loßack, Joachim Günther (Plauen) und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/3810 in seiner 152. Sitzung am 15. Februar 2001 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat über den Antrag in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 58. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 14/3810 zuzustimmen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die Fraktion der SPD trug den wesentlichen Inhalt des Antrags vor. Die PPP-Programme (Public-Private-Partnership) lägen bereits fest. Sie würden breites öffentliches Interesse finden. Was in dem Antrag stehe, sei insoweit schon Inhalt des entwicklungspolitischen Handelns des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es gehe in dem Antrag weiter darum, dass man entwicklungspolitisch positives Handeln von Unternehmen in der Welt honorieren wolle. Die Vergabe eines Preises an ein Unternehmen, das sich entwicklungspolitisch vorbildlich betätigt habe, lenke das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese Problematik, sodass es möglich werde, die Multiplikatorenwirkung voll auszunutzen. Der Umstand, dass über PPP auch der Wirtschaft geholfen werde und dass Entwicklungspolitik auch Arbeitsplätze in Deutschland sichere, fördere die Akzeptanz der Entwicklungspolitik in der Bevölkerung. Die Fraktion der SPD bat um Zustimmung zu dem Antrag.

Die Fraktion der CDU/CSU hielt den Antrag für tendenziell richtig. Sie erinnerte daran, dass es in vergangenen Legislaturperioden ähnliche Anträge von Seiten der Fraktion der CDU/CSU gegeben habe, die dann allerdings von der Fraktion der SPD abgelehnt worden seien. Grundsätzlich begrüße die Fraktion der CDU/CSU privatwirtschaftliches Engagement im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie sehe allerdings bei der Bundesregierung die Tendenz, die staatliche Entwicklungszusammenarbeit weiter zurückzuführen. Anträge wie dieser beinhalteten den Versuch, die Wirtschaft mit ins Boot zu nehmen, wo man selbst nicht mehr genügend leisten könne. Die Fraktion der CDU/CSU werde sich bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte den Antrag. Es gehe darum, das PPP-Programm auch in den Städten und Gemeinden bekannter zu machen. Aus Gesprächen mit der Industrie sei bekannt, dass für das PPP-Programm ein großer Bedarf bestehe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem Antrag zustimmen.

Auch die Fraktion der FDP sah den Antrag im Grundanliegen als richtig an. Er stelle aber auch den Versuch eines Auswegs aus der gegenwärtigen finanziellen Situation dar. Einige Punkte des Antrags seien aus der Sicht der Fraktion der FDP noch einmal zu überdenken. Auf der einen Seite werde von der Nicht-Subventionierung deutscher Exporte, auf der anderen Seite von der Förderung von Mittel- und Kleinunternehmen beim Einstieg gesprochen. Die Fraktion der FDP werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die Fraktion der PDS erklärte, wenn es in dem Antrag lediglich um die Frage ginge, Unternehmen, die aus entwicklungspolitischer Sicht sinnvolle Projekte in den Entwicklungsländern machten, einen Preis zu verleihen, so könnte sie diesem Antrag zustimmen. Der Kontext aber, in dem der Antrag insgesamt formuliert sei, widerspreche dem Ansatz der Fraktion der PDS von Entwicklungszusammenarbeit. Gerade der Feststellungsteil erwecke den Eindruck, dass hier Marktfundamentalismus betrieben werde. Bestimmte Formulierungen des Antrags ließen ihn als einen solchen der Wirtschaft und nicht der Entwicklungszusammenarbeit erscheinen. Der Antrag habe auch mit der Erosion der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit bzw. ihrer Finanzierung zu tun. Wenn auch manches richtig sei, was in dem Antrag zum Ausdruck gelange, so halte die Fraktion der PDS doch den Gesamtkontext aus fachpolitischer Sicht nicht für vernünftig. Die PPP-Programme seien noch nicht hinreichend diskutiert und evaluiert. Die Fraktion der PDS werde sich bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten.

Berlin, den 21. Juni 2001

Dagmar Schmidt (Meschede)
Berichterstatterin

Siegfried Helias
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333